KAMPAGNE LEIPZIG

KONTAKTSTELLE FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
C/O NEUES FORUM

JAHNALLEE 67 ◆ D-04177 LEIPZIG

TEL: 0341 - 4 80 72 07
FAX: 0341 - 6 89 86 19
BERATUNG NACH ABSPRACHE

An die **REDAKTION ILLOYAL**
MIT UNS GEGEN DIE WEHRPFLICHT E.V.
Oranienstraße 25 / 10999 Berlin / Fax: 030 - 61 50 05 29

September 1997

WEHRPLICHT – WIE LANGE NOCH?

EIN KOMMENTAR
ZU WORTEN AUS DEM SOMMERLOCH

Noch 1989 strebte die CDU/CSU/FDP-Koalition eine Verlängerung von Grundwehr- und Zivildienst an. Ein Jahr darauf, die DDR-Diktatur war erfolgreich beseitigt worden, konnte im Parlament nur noch über das Maß der Verkürzung gestritten werden.
Seit 1989 gerät die allgemeine Wehrpflicht ungeachtet ihrer Frist zunehmend in Legitimationszwang. Bereits im Frühjahr 1990 gab es in Kreisen des Auswärtigen Amtes Überlegungen zu ihrer Abschaffung. Es ging die Befürchtung um, die Wehrpflicht sei nicht mehr zu retten, wenn auf DDR-Territorium wie in West-Berlin auf sie verzichtet werden müsse.
Noch 1989 strebten die Bürgerrechtsbewegungen und der traditionelle >DDR-weite Arbeitskreis zum Wehrdienstproblem< die Abschaffung der Wehrpflicht an. Auch die Humanistische Union erklärte die Abschaffung der Wehrpflicht als Schritt auf dem Wege zur Abschaffung der Armee. Der Runde Tisch schrieb in den Verfassungsentwurf: "Die Wehrpflicht ist abgeschafft."
Die Wahlerfolge ermöglichten den Konservativen die Beibehaltung der Wehrpflicht und deren Ausweitung auf Westberlin, doch seit 1990 greift die Argumentation zunehmend, daß der Verfassungsgrundsatz der "Wehrgerechtigkeit" unhaltbar geworden sei. Auf die Problematik, daß Zivildienstleistende zu fast 100% einberufen werden, Kriegsdienstleistende jedoch zu einem geringeren Prozentsatz, hat nicht nur die "Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer" aufmerksam gemacht.

Nach Verflüchtigung des Ost-West-Gegensatzes klafft die Feind-Lücke, die Wehrpflicht kann nicht mehr durch eine Aufgabe legitimiert werden - der glaubwürdige Feind fehlt. Wie sehr dieser Mangel die Konservative quält, wurde überdeutlich als Wolfgang Schäuble 1994 öffentlich die antidemokratische

Forderung stellte, die Armee möge künftig im Innern eingesetzt werden. Mochte diese Idee aus der Praxis des Ostblocks geschöpft sein und auf die Sympathie der Ex-NVA in der Bundeswehr spekulieren, so verriet sie doch die Not auf der Suche nach Bedrohung.

Am 10. Februar 1997 veröffentlichte die Leipziger Volkszeitung die von ihr in Auftrag gegebene Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung. "1043 repräsentativ ausgewählte Bürger" äußerten sich zur Frage: "Wehrpflicht oder Berufsarmee?": "43 Prozent wollen die Wehrpflicht beibehalten, 37 Prozent würden die Bundeswehr lieber in eine Freiwilligenarmee umwandeln, und jeder fünfte hat dazu keine Meinung." Weiter heißt es: "Insgesamt plädieren mehr Männer (46 Prozent) als Frauen (40 Prozent) für die Wehrpflicht. Differenziert nach Altersgruppen ziehen junge Leute zwischen 18 und 29 Jahren die Berufsarmee vor, ältere dagegen die jetzige Form. Regional betrachtet ergibt sich ein leichtes Nord-Süd-Gefälle. So wird in Mecklenburg und Brandenburg die Wehrpflichtarmee deutlich stärker befürwortet als in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen." Die Mitteilung der bemerkenswerten Ergebnisse erhielt die Überschrift "Fast jeder zweite im Osten für die Wehrpflicht", was auch sagt: nicht einmal jeder zweite!

Konservative Regierungen in Demokratien legten ebenso wie die einstigen Ostblock-Diktaturen stets zuerst Wert auf die innenpolitische Funktion der Wehrpflicht, ihr Interesse richtet sich auf die Produktion gehorsamer Bürger schlechthin, auf Entwöhnung des kritischen Denkvermögens. Dafür scheint der Kriegsdienst überaus dienlich, denn wo der Befehl das Handeln ordnet, wird blind Untertänigkeit geübt.
Wird von Konservativen die Wehrpflicht nie in Frage gestellt, so kann sie doch sogar aus einer regierenden Partei aus wirtschaftsliberaler Perspektive immerhin noch in ihrem Sinn angesichts der Kosten bezweifelt werden.
Gerade dann, wenn nach Maßgabe der monetaristischen Ideologie der Staat auf die ordnungspolitische Funktion zusammenstrichen werden soll, wenn offensiv zum Zwecke der Ausgabenverringerung des Staates die Privatisierung oder Kürzung aller erdenklichen Bereiche vorangetrieben wird, kann der nach Kürzungsmöglichkeit suchende und nach Effizienz fragende Blick sich auch einmal auf die Wehrdienstarmee verirren. Das geschah nun im nachrichtenarmen Sommer tatsächlich einem FDP-Politiker, der in der Wehrpflicht eine Verschwendung ortete und sich für die billigere Berufsarmee aussprach. Er benannte eigentlich nur harmlos einen Widerspruch in der eigenen Ideologie, in deren Logik ein Bereich, der hohe Staatsausgaben bindet, die sich auf einen Industriezweig ohne Markt richten, zuerst ins Auge fallen und Entrüstung hervorrufen müßte. Prompt folgten die Wehrpflicht-Bekenntnisse der Regierungsmitglieder.

Hans-Dietrich Genscher bot seinem Bekenntnis zur Wehrpflichtarmee im Morgen-Interview des Deutschlandfunks eine köstliche Begründung, die den Notizblock eines jeden Kabarettisten zieren kann.
Genscher erklärte, daß die Wehrpflichtarmee die Anerkennung der Bürger genieße, sie deshalb fortbestehen sollte. Die Berufsarmee lehnte er hingegen entschieden ab, weil bei ihr leicht die Frage aufkommen könne, warum man sie finanziere, wenn sie nicht eingesetzt werde.